

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/37,

Hannover, 9. Mai 1947
Telefon 23 9 51 / 52

Neuer Kurs in Schleswig-Holstein

von Hermann Lüdemann

Ministerpräsident und Landesminister des Innern von Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein gehört zu den Ländern, deren Entwicklung mit einem Grenzproblem belastet ist. Durch bedenkenlose Ausnutzung der deutschen Not ist es den Vertretern dänischer Annexionslust gelungen, in der Süd-Schleswigschen Vereinigung fünfmal soviel Mitglieder zu sammeln, als seit der Grenzziehung von 1920 überhaupt Dänen in Schleswig-Holstein vorhanden sind. Diesem Verein, dem satzungsgemäss die Beschäftigung mit politischen Fragen verboten ist, hat die englische Regierung aus höheren Erwägungen ausnahmsweise gestattet, sich an der Landtagswahl mit eigenen Kandidaten zu beteiligen. Dies war eine unangenehme Überraschung; aber durch das Wahlergebnis ist jetzt festgestellt, dass für irgendwelche Abtrennungsbestrebungen in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung kein Boden vorhanden ist. Aufgabe der neuen Landesregierung, die nur aus sechs sozialdemokratischen Ministern besteht, wird es nunmehr sein, auf eine Beruhigung der erhitzten Gemüter an Deutschlands nördlichster Grenze hinzuwirken und sich für die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zum dänischen Volk einzusetzen.

Schleswig-Holstein ist bekanntlich die Flüchtlingsprovinz. Die meisten Städte und fast alle Landgemeinden haben mehr Flüchtlinge als einheimische Bewohner. Im Landesdurchschnitt kommen auf 100 Einwohner 84 Evakuierte, Ausgebombte, Vertriebene. Dies bedeutet, dass bei je sieben Einheimischen sechs Flüchtlinge wohnen müssen. Es ist unter diesen Umständen verständlich, dass alles Leben in Schleswig-Holstein von Flüchtlingsnot und von Flüchtlingsproblemen erfüllt ist. Die Sozialdemokratische Partei ist immer die Partei der Schwachen und Notleidenden gewesen; deshalb wird auch die neue sozialistische Landesregierung es als ihre besondere Aufgabe betrachten, durch praktische Massnahmen vor allem der Not dieser bedauernswerten Volksgenossen zu steuern. Hoffentlich gelingt es, im Wege freiwilliger Verständigung mit den anderen Ländern, einen Flüchtlingsausgleich

einzuweisen. Eine grössere Entlastung erwarte ich von der Rückgliederung deutscher Ostgebiete; aber für die Mehrzahl der Flüchtlinge müssen in unserem Lande Arbeitsgelegenheiten und Heimstätten geschaffen werden. Das Ziel ist, aus Unterstützungsempfängern werteschaffende Menschen zu machen.

Die landwirtschaftliche Erzeugung muss mit allen Kräften gesteigert werden. Die Entscheidung über das vom früheren Landtag bereits beschlossene Gesetz zur Durchführung einer Bodenreform liegt bei der englischen Militärregierung. Es würden dann nicht nur neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen, sondern auch zahlreiche Flüchtlinge angesiedelt werden können. Zur Gewinnung weiterer Arbeitsgelegenheiten muss vor allem das Nahrungsmittelgewerbe ausgebaut werden, ausserdem müssen viele neue Industrien hereingezogen werden, um Arbeit und Brot für die vermehrte Bevölkerung zu schaffen und in Wege der Selbsterzeugung die Bedarfsdeckung aus heimischen und fremden Rohstoffen zu verbessern. Wir werden die starke Regierungsmehrheit benutzen, um das bereits beschlossene Sozialisierungsprogramm durchzuführen.

Der Aufbau einer demokratischen Verwaltung ist eingeleitet und wird durch planmässige Erarbeitung aller Verwaltungsgesetze fortgeführt werden. Aber Demokratie kann nur von Demokraten gestaltet werden. Wir werden deshalb unverzüglich eine Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, (Arbeiter-Akademie) errichten, die - gleich den Ingenieurschulen für technische Berufe - begabten jungen Arbeitern und Angestellten in zwei- bis dreijährigen Lehrgängen Gelegenheit geben wird, das für gehobene Stellungen in der öffentlichen Verwaltung wie in der Wirtschaft und den wirtschaftlichen Organisationen notwendige Wissen zu vermitteln. Dazu treten entsprechende Reformen des Schulwesens, durch die unserer Jugend nach dem ausschliesslichen Massstabe der Begabung das beste Bildungsgut vermittelt und das Streben nach Freiheit und Frieden anerzogen werden soll.

In ihrer ersten Kabinettsitzung hat unsere Regierung durch eine Stiftung zugunsten der Opfer von Lidice ihren Abscheu vor den verbrecherischen Taten der Naziherrschaft Ausdruck gegeben und sich zur moralischen Wiedergutmachung des an allen Nachbarvölkern begangenen Unrechts bekannt. Auch ihre weitere Tätigkeit wird im Zeichen der Humanität und der sozialen Verantwortung stehen. (b/-/85/2/he)

Barbarossa - und die Oder-Neisse-Linie

Von einem außenpolitischen Mitarbeiter

Die Oder-Neisse - Linie hat eine nur sehr kurze, aber interessante Vorgeschichte. Sie beginnt eigentlich erst mit der Schlacht um Stalingrad. Bis dahin hatten sich Polens Forderungen, die General Sikorski 1942 in Washington erhob, auf die Abtretung des Industriegebiets von Oberschlesien, Ostpreußen, Danzigs und eines schmalen Streifens von Nordostpommern beschränkt. Als jedoch Stalin nach dem Sieg von Stalingrad halb Polen für die Sowjetunion verlangte - eine Forderung, deren Erfüllung den Russen 1939 bereits durch den deutsch-russischen Vertrag zugesichert, 1941 jedoch in einem Abkommen zwischen Moskau und der polnischen Exilregierung wieder annulliert worden war - rückten die Londoner Exilpolen mit Gebietsansprüchen heraus, die weit über das bisherige Maß hinausgingen und erst an der Oder-Neisse - Linie Halt machten. Daß es sich bei diesen Forderungen um eine Kompensation für das an die Sowjetunion abgetretene Ostpolen handelte, liegt auf der Hand. Aber aus naheliegenden Gründen wollen weder die Sowjetunion noch Polen diese unabstreitbare Tatsache eingestehen. So wehrte Molotow auf der Moskauer Konferenz den Vorschlag General Marshalls auf eine Revision der Oder-Neisse - Linie unwillig mit der Behauptung ab, Polen habe lediglich das ihm rechtmäßig zustehende Heimatland wieder zurückerhalten und neuerdings läßt die polnische Regierung durch ihre Botschaft in Washington ein Flugblatt verbreiten, durch das das Argument "Kompensation" widerlegt und die Oder-Neisse - Linie historisch begründet werden soll. Den stichhaltigsten Beweis für die Rechtmäßigkeit seiner Ansprüche erblickt Polen in einem Brief Kaiser Barbarossas aus dem Jahre 1157, in dem es heißt: "Wir haben mit unserer ganzen Armee die Oder überschritten, die wie ein Wall jenen Staat (Polen) umgibt, und haben, während wir die Bistümer Breslau und Posen überrannten, das ganze Land mit Feuer und Schwert vernichtet".

Die Echtheit dieses Barbarossa-Briefes ist unanfechtbar, und ebenso unverrückbar ist die geschichtliche Tatsache, daß es eine Zeit gab, in der die Slawen sogar bis zur Elbe vorgedrungen waren. Ebenso gewiß ist aber auch, daß bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges das jetzt von Polen wieder "zurückgewonnene" Gebiet von sieben Millionen Deutschen und nur einer Million Polen bevölkert war und rein deutschen Charakter trug. Das war die Folge eines langen historischen Prozesses, der sich über Jahrhunderte erstreckt hatte.

Es ist daher, gelinde gesagt, höchst merkwürdig, daß Polen und die Sowjetunion jetzt plötzlich wieder auf das Jahr 1157 zurückgreifen. Dieser Ansicht ist auch der Londoner "Economist". Dieses Spiel "Wo warst Du 1157?" können sich die Drei Großen von Jalta und Potsdam, die die Verantwortung für die neue deutsch-polnische Grenzen tragen, wirklich nicht leisten, meint das angesehenere englische Wirtschaftsblatt und zur Illustrierung der Absurdität dieser Beweisführung weist es daraufhin, daß die Amerikaner zu jener Zeit überhaupt noch nicht da waren und die einzigen Bewohner ihres Kontinents um das Jahr 1157 jene Menschen waren, deren Nachkommen jetzt in den sogenannten "Reservations" hausen. Bei den Russen liegen die Verhältnisse kaum anders. Der weitaus größte Teil des jetzigen Gebiets der Sowjetunion war vor 800 Jahren noch frei von slawischen Ansiedlern und was heute in ihr vereinigt ist, besteht größtenteils aus jenen Gebieten, die die russischen Kolonisten den Tartaren, Kuwachen, Kirkisen und anderen Brudervölkern in den letzten Jahrhunderten mit Gewalt weggenommen wurde. "Die Engländer aber", so meint der "Economist", "scheinen auf den ersten Blick besser wegzukommen, denn England bestand 1157 schon; und es war sogar überwiegend englisch. Aber wenn man schon mit historischer Gerechtigkeit manövrieren will, warum dann beim Jahre 1157 abstoppen? Geht man

nur einige Jahrhunderte weiter zurück, so ergibt sich, daß die Engländer in jenen fernen Tagen nur eine Horde brutaler deutscher Invasoren aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen waren, die sich nicht einmal schauten, sich den Namen "britisch" anzueignen, obwohl sie nicht ein Wort irgendeiner keltischen Sprache sprachen. Die historische Gerechtigkeit müßte also eigentlich verlangen, daß England an Wales zurückgegeben und die englische Bevölkerung dorthin deportiert wird, wo sich jetzt die britische Besatzungszone in Deutschland befindet und wohin sie eigentlich gehört".

Der "Economist" zieht daraus den Schluß, daß es von den Polen sehr unklug sei, sich auf den Grundsatz der historischen Gerechtigkeit berufen zu wollen. In ihrem eigenen Interesse müsse man ihnen raten, das Gerede vom uralten slawischen Szeeczin (das für die meisten englischsprechenden Menschen noch immer Stettin heiße) fallen zu lassen und von einer unsinnigen Propaganda abzusehen, die am Ende nur auf sie selbst zurückprallen werde. Es wäre jedenfalls besser, offen einzugestehen, daß sie eine Kompensation für das ihnen mit Gewalt geraubte Ostpolen verlangten und daß diese Kompensation auf dem Recht des Siegers basiere. Ein schlechtes ethnographisches Argument werde sich, so schließt der "Economist", nur als Bumerang für die Polen erweisen, denn es könne von den Deutschen leicht widerlegt werden und so die weiten Kreise in der westlichen Hemisphäre in ihrer Ansicht wankend machen, Polen verdiene wirklich eine Kompensation für die "Sechste Teilung".

Zurück in Holland

Ein holländischer Freund, einer von denen, die der Krieg nach Deutschland geführt hat, kehrte in seine Heimat zurück. Seine anspruchslose Schilderung dessen, was er dort sah, ist von eindrucksvoller Kraft.

Nach einem zweijährigen Aufenthalt in Deutschland, bin ich jetzt wieder in mein Vaterland Holland zurückgekehrt. Zwei Jahre habe ich Freude und Leid mit den Deutschen geteilt, habe das neue Deutschland beobachten können. Sie haben mich gelehrt das, wenn das ganze deutsche Volk zusammenarbeitet, ein neues, besseres und demokratisches Deutschland entstehen kann.

Viele von ihnen sind während der vergangenen Kriegsjahre in Holland gewesen und tragen jetzt noch viele schöne Erinnerungen mit sich. Aber das Holland, das sie gekannt haben, war das echte Holland nicht. Es war ein besetztes Land, ein Land, das Not und Kummer hatte. Damals als ich Holland verließ, war der Bahn-, Straßen- und Wasserverkehr fast unmöglich. Brücken waren zerstört, Eisenbahnen vernichtet, Inseln, Trockendockungen standen unter Wasser, das einmal weltberühmte Holländische Rindvieh war fast nicht mehr zu sehen. Holland war geschlagen, zerstört und fast ganz vernichtet. Aber der Glaube an eine bessere Zukunft war nicht vernichtet. Die Bevölkerung war wie früher, um nach diesem Elend, sich wieder aufzurichten, zu arbeiten und um Holland wieder zu machen wie es einmal war. So war es 1944.

Und jetzt schreiben wir 1947. In diesen hinter uns liegenden Jahren sind Trümmer geräumt worden, Straßen wieder repariert, die Eisenbahnen funktionieren wieder, mächtige Brücken überspannen die Tausende von Kanälen und Flüssen, woran Holland so reich ist. Die zwei größten Hafenstädte Rotterdam und Amsterdam sind wieder für ungefähr 80 Prozent betriebsfertig. Zahlreiche Schiffe bringen das notwendigste von Übersee, um nicht nur Holland, sondern auch anderen Ländern in Europa zu helfen.

Wenn man jetzt in Holland eine Reise unternehmen will, kann man ohne Lebensmittelkarten auf den Weg gehen, da überall wieder ohne Marken gegessen werden kann. Jedoch man muss genügend Geld mitnehmen, sonst ist es möglich, dass man sein Essen nicht bezahlen kann. Die Preise sind ziemlich hoch. Dies gilt auch für fast alle Verbrauchsartikel. Es ist für die meisten Leute fast unmöglich, die wöchentlichen Lebensmittelzuteilungen und weitere wöchentlich wiederkehrende Ausgaben zu bezahlen.

Kleidung, Schuhwerk usw. kann man nur auf Punkte bekommen. Die Zuteilung von Punkten ist sehr gering und reicht nicht, um den seit fünf Jahren nicht angefüllten Kleiderschrank etwas auf Atmung zu bringen. Die Artikel sind in grosser Menge vorrätig, besonders Schuhe. Man redet schon, dass es möglich sein müsste, Schuhe, Fahrradreifen und ähnliches, was in Deutschland so selten ist, im nächsten Jahre freizugeben. Aber bis dann benutzen wir noch unsere Punkte.

Das Leben in Holland hat sich wieder so weit normalisiert, dass man, wenn man Geld genug hat, auch gut leben kann, aber an Golde fehlt es. Dies sieht man am besten auf dem Schwarzen Markt. Die Preise betragen dort heute nur noch ungefähr ein Drittel dessen, was man vor ungefähr einem Jahre bezahlte. Wenn die Gehälter nicht steigen oder die Preise nicht sinken, steht dieses Land vor einer Krise, die es noch wenige gegeben hat. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung macht sich mehr und mehr bemerkbar. Holland war immer ein ruhiges Land, umso auffälliger ist jede Erregung. Noch immer leben viele Tausende in Hühnerhäusern, Bunkern und Notwohnungen einfachster Art. Auf Versammlungen hört man die Meinung: "Wenn es nicht besser wird, schießen wir uns Belgien an." Das politische Leben ist reger als je zuvor und die Überlegungen und Ideen sind weniger denn je von der Tradition beswert. Das Land gibt dadurch den Boden her für ungewöhnliche Entwicklungen und lässt im Augenblick der Phantasie viel Spielraum; manchen freilich zu viel.

Ted Luyten

Der Sowjetsektor

K. W. Berlin, Anfang Mai 1947

"Im Sowjetsektor wird zum 1. Mai an alle erwachsenen Verbraucher eine Flasche Spirituosen verteilt". "Im sowjetischen Sektor wird zum ersten Mal Trockengemüse und Fruchtsaft verteilt". Die Berliner haben sich an diese immer häufiger wiederkehrenden Notizen in ihren Zeitungen gewöhnt. Sie wissen, dass ihre Stadt von vier Mächten verwaltet wird, und sie haben mindestens ein halbes Dutzend Mal Beschlüsse der Alliierten Kommandantur darüber gelesen, dass die Verteilung von Nahrungsmitteln eine gemeinsame Angelegenheit der Stadt ist und also eine vollkommen paritätische Verteilung gewährleistet.

Die Tatsachen widerlegen oft genug diese Bekundungen. Und dass ausgerechnet am 1. Mai der sowjetische Sektor wieder bevorzugt beliefert wird, nimmt man in dieser politisch wohl austenperierten Stadt nicht mehr mit Bestürzung oder Befriedigung zur Kenntnis. Man weiss: hier wird mit einer Flasche Sonnaps Politik gemacht. Und niemand gibt sich der blossen Illusion hin, dass solche Politik nicht ihre Gläubigen finden könnte. In dieser Zeit der totalen materiellen Auspowerung hat es der Magen leicht, Hirn und Herz zu dämonisieren. Der primitive Hunger und das leidvolle Bedürfnis wägt leicht die Vorteile des einen Berliner Sektors gegen der anderen. Was nützt es, wenn der klare Verstand dem Anfälligen nachweist, dass die Lebensmittel, die er in seinem Laden auf seine Marken kaufen muss, den weiten Weg aus USA hierher gemacht haben, dass aber die Sondergenüsse, die ihm ein feierlicher Anlass oder ein propagandistisches Verlangen serviert, aus seinen eigenen nicht hin- und her reichenden Kartoffel- und Gemüsebeständen stammen. Es ist so mühsam, Ursache und Wirkungen zu durchdenken, wenn man hungrig und hoffnungslos ist. Man sieht, dass es in einem Teile der Stadt Sonderzuteilungen gibt- und in dem anderen nicht. Leider genügt diese sehr oberflächliche und leicht-

sinnige Feststellung für diese oder jene Stimmungsbildung, die, entsprechend aufgezupft, dann munter über die Zonengrenzen wandert.

Niemand kann von den hungrigen und hoffnungsdürstigen Menschen dieser Tage verlangen, sie sollten nach Grundsätzen, Idealen und Zielen leben. Sie haben vielfach das Minimum an Existenzkraft unterschritten, um aus ihren Erkenntnissen Schlüsse ziehen zu können. Der Berliner Sowjetsektor ist dafür ein lebendiger Beweis. Dort wohnen Menschen, die tagaus, tagein nach ihrem Wunsch die Vielstimmigkeit der Welt, die mancherlei Auffassungen über ihre Verbesserungen studieren und gegeneinander abwägen können - anders als die, die sie in der sowjetischen Zone sehr eindeutig in einer einzigen und kaum nuancierten Farbe sehen müssen. Und dennoch genügt nicht bei allen dieser tägliche demokratische Anschauungsunterricht. Die Verlockung der grossen handvollen Geste und einer sich dazu kräftig bewegenden Propaganda ist oft stärker als die eigene elementare Erkenntnis, dass dieses System der Sektorenbevorzugung mit demokratisch-sozialistischer Gerechtigkeit wenig oder gar nichts zu tun hat. Es gibt Debatten darüber, ob es nützlich ist, aus Kartoffeln Schnaps zu brauen, wo tausende von armseligen Kartoffelwanderern an der Berliner Stadtgrenze ihre paar Pfund wieder hergeben müssen. Doch wenn der Schnaps gegeben wird, sagen die, die ihn nicht bekommen, häufig: na ja, im russischen Sektor...

Es steckt vieles in dieser resignierten Feststellung: vor allem aber die stumpfe Erkenntnis, wie wenig die alliierten Berlin-Beschlüsse Berlin-Wirklichkeiten sind. Bisweilen haben im amerikanischen und im britischen Sektor sich ihre Bewohner gewisser Äquivalente erfreut. Doch dieses Wettrennen um die Gunst der Berliner ist von der westlichen Seite seit einiger Zeit gestoppt. Sie müssten, das meint man wohl, in den fast zwei Jahren Besatzungszeit einsehen gelernt haben, dass die Stadt rings von der russischen Besatzungszone wie eine Insel umspült wird, und dass die Lebensmittel, die nach Berlin kommen, wenn sie nicht in wohl erkennbaren Arrangements aus den Vereinigten Staaten kommen, deutsche Lebensmittel sind. Der Verstand soll bei diesen Überlegungen zu Rate gezogen werden, und man kann das gewiss von einer so hellhörigen Stadt wie Berlin verlangen. Jedoch, auch der klarste Verstand lässt sich beurlauben, wenn ihm unter die schmalen Kalorien ein kleines Fettpolsterchen gelegt wird oder mindestens der Anschein erweckt wird, als werde hierfür das denkbar Mögliche getan.

So ist es verständlich, dass das ehemalige Haus des Herrenclubs in der Berliner Jägerstrasse im russischen Sektor für alle, die in Berlin schreiben, spielen, filmen, Musik machen, malen und dirigieren, der grosse Anziehungspunkt geworden ist: das Clubhaus des "Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands". Dort nämlich gibt es für seine Mitglieder nicht nur marktfreies friedensmässiges Essen, sondern dieses auch noch zu ganz normalen Friedenspreisen. Auch dieses Aushängeschild gehört zum Dekor des sowjetischen Sektors und findet keine Konkurrenz im übrigen Berlin. Er ist durch keine Schranken von dem anderen Berlin getrennt, und der Magistrat der Stadt hat seinen Sitz im sowjetischen Sektor. Von seinen Tribünen ist hundertmal der Ruf nach Aufhebung der Sektorengrenzen als erster Voraussetzung einer wirklich demokratischen Berliner Verwaltung erklungen. Der sowjetische Sektor hat sein Regiment und seine Atmosphäre, die wahrlich wenig seine Parlamente bestimmen.

Inner wieder scheint in ihn die gleiche Gesetzgebung und die gleiche Lebensform eindringen zu wollen, die die ganze sowjetische Zone prägt: dies aber mit der Politesse, die die Vielgliedrigkeit und das politische Klima der Millionenstadt verlangt. Es ist kein Wunder, dass es Berlin also schwer hat, eine Stadt zu werden, Kern politischer Entscheidungen zu werden, Politik zu treiben, die aus deutschem Geiste demokratisch ist. Solange noch immer der Hunger an unseren Tische sitzt, wird es der Demokratie in diesem bedeutendsten deutschen Brennpunkt der Entwicklungen sehr schwer gemacht. (b/Bl7/56/2/L)

S o n d e r b e i l a g e

Achtung! Wir bitten alle Zeitungen, den folgenden Beitrag genau zu beachten. Die Zeitungen der SPD bitten wir dringend um betonte Veröffentlichung.
Redaktion

Das Mass ist voll

F.S. Die hungernden Menschen müssen satt gemacht werden. Das und das allein ist die Aufgabe, die sich in Deutschland jetzt stellt und die allen aufgegeben ist, die Verantwortung tragen oder die Einfluss haben oder nehmen könnten. Das sind also die Besatzungsmächte in erster Linie und vor allen anderen, das sind aber auch die politischen Parteien, das sind die Männer und Frauen in den Parlamenten der Länder, der Kreise und der Gemeinden, das sind die Gewerkschaften und die Betriebsräte, das sind alle Menschen, die irgendwo eine Funktion für das Volk und für die Demokratie ausüben. Es geht jetzt nicht um Regierungsbildungen oder um Koalitionsabmachungen, es geht darum, dass die Menschen satt werden, dass das Chaos verhütet wird.

Genau so ist die Lage. Es wäre unverantwortlich, wenn sie jemand begattellieren wollte. So ist sie in Nord und Süd, im Westen und in keinem Grade geringer auch im Osten Deutschlands. Der einzige Unterschied ist, dass die gequälten und verzweifelnden Menschen es nicht überall sagen können, wie grauenhaft der Abgrund ist, an dessen Rand sie stehen und den sie in der Ahnung vor sich sehen, dass sie nun hinabstürzen werden. Sie haben das Grauen des Krieges überstanden; sie haben, so weit ihre müden Herzen es noch erlaubten, in den Monaten vor zwei Jahren mit Hoffnung und Zuversicht den Besatzungsmächten entgegengesehen. Sie wurden bitter enttäuscht. Jetzt haben der Hunger, ein masslos gewordenes Elend, ein Winter ohne Ende sie zernüchert. Soll jetzt das Ende kommen?

Mass es so sein, dass die Menschen in den Städten sich seit Wochen und Monaten nicht mehr satt essen können? Mass es so sein, dass auf dem Lande noch jeder zu jeder Mahlzeit satt wird und dass die wenigsten sich Beschränkungen auferlegen, obwohl sie wissen, wie ihre Mitmenschen wenige Kilometer entfernt hungern? Mass es so sein, dass jenseits der deutschen Grenzen Getreide, Gemüse und Fett vorhanden ist, obwohl die Besatzungsmächte behaupten, es sei nichts zu bekommen? Aus Holland wurde Gemüse angeboten. Kostenlos, nur gegen Erstattung der Frachtkosten will man es liefern. Die Holländer mögen hoffen, dass sie sich damit einen Markt erobern oder bewahren und mögen also Hintergedanken haben. Andere Völker mögen diese Folgen fürchten, weil sie den Markt einmal von sich aus beherrschen möchten. Das schert uns nicht. Das sollte niemand scheren, der ernsthafte Verantwortung für die Menschen in Deutschland, überhaupt für Menschen trägt. Was angeboten wird, sollte genommen werden. Aus Dänemark wurde Fett und Fleisch angeboten. Man möchte dafür deutsche Produkte aus der Industrie haben, später, nicht gleich, erst dann, wenn die Industrie angelaufen ist. Das ist

ein Weg? Warum beschreitet man ihn nicht? Warum erlaubt man nicht, dass deutsche Schiffsbesatzungen die Liberty-Schiffe besetzen, die jenseits des Ozeans aufliegen? Es fehle an Schiffsraum zum Transportort des Getreides, so heisst es zur Erklärung der Hungersnot in Deutschland, die übrigens in anderen europäischen Ländern nicht viel anders ist. Dann hätte man doch Schiffsraum zur Verfügung und Mannschaften dazu, wenn man diesen seit Monaten von deutschen Stellen vorgeschlagenen Schritt getan hätte, wenn man die Liberty-Schiffe bemannt. Warum dürfen die deutschen Seeleute nicht auf Walfang gehen? Es ist kein vernünftiger Grund zu erkennen, aus dem uns das versagt wird. Wir könnten die Fettration merklich verbessern oder überhaupt erst einmal ausgeben.

Eben das ist das Unbegreifliche der Lage in Deutschland, dass niemand von uns weiss und dass uns auch niemand sagt, warum solche vernünftigen Vorschläge und Anregungen nicht befolgt werden, warum nicht sofort ein klares und unzweideutiges Ja zu den ernstesten und verantwortungsbewusstesten Beauftragungen gesagt wird, einen Ausweg aus einer Lage zu finden, die aus vielen Gründen für die Deutschen und auch für die Besatzungsmächte unhaltbar geworden ist. "Wir tun, was wir können", so lautet ein oft gehörtes Wort. Aber solange solche Vorschläge nicht angenommen und nicht sofort und ohne Vorzug ausgeführt werden, solange wissen wir, dass eben nicht getan wird, was möglich wäre.

Wir haben niemals verstehen können, dass Schiffseliber nur deswegen vernichtet wurden, weil sie einmal mit Kanonen bestückt waren, obwohl sie sofort hätten eingesetzt werden können, um Nahrung für hungernde Menschen von Uebersee oder aus dem Meere zu holen. Wir haben niemals begreifen können, warum die Menschen in Kellerlöchern hausen, die Tuberkulose geradezu züchten müssen, während zehntausende von nur wenig beschädigten Häusern mit geringen Mitteln hergestellt werden könnten, aber nicht hergestellt werden dürfen, weil ein stures Nein die Zementproduktion verbietet oder die Ziegeleien schliesst oder andere Fabriken zum Feiern zwingt.

Es ist nicht anders auf der Welt geworden: "Alle Schuld rächt sich auf Erden". Wir Deutschen haben viel Schuld auf unseren Schultern, und wir tragen sie mit bitteren Schmerzen und furchtbaren Opfern. Die Zahl der Gräber unserer Kinder wächst auf unseren Friedhöfen über alle Massen schnell. Es war nicht nötig, dass andere auch noch schuldig wurden. Etwas mehr Energie, etwas mehr Klarheit im Willen und Bestimmtheit im Handeln, etwas mehr reine Vernunft und Tatkraft, etwas mehr Vertrauen zu denen, die voll guten Willens ihre ganze Kraft in den Dienst des Aufbaus der deutschen Demokratie zu stellen bereit waren und sind. — vieles wäre in Deutschland anders.

Es wird ein hohes Spiel gespielt, das sollte man überall erkennen. Es ist soweit, dass sich verantwortungsfreudige, opferbereite Männer und Frauen überall in Deutschland fragen, ob es denn noch einen Sinn habe, Verantwortung zu tragen. Es ist so weit, dass sie die Arbeit niederlegen, dass sie mit Fleiss und Mühe begonnenes Tun unterbrechen, ein Tun, das sinnlos geworden ist, weil eine den Tatsachen allzu ferne Militärbehörde das beste Willen durch ein unbegreifliches Nein und durch unverständige, zuweilen sinnlos erscheinende Anordnungen immer wieder vernichtet. Es ist so weit, dass die Massen draussen aus der Erfahrung der letzten Monate nicht mehr glauben, dass sie richtig unterrichtet werden, wenn zuständige Stellen der Militärbehörden behaupten, nun sei der Anschluss an die neue Ernte möglich, nun sei die Tiefe des Tages durchschritten, es werde Brot und es werde Kohlen geben. Wenn das erst allgemeine Ueberzeugung wird, dass solche Situationsberichte vom Kampf an der Ernährungsfront, an der es ebenso um Leben und Tod geht wie einst an den Fronten des Krieges, keinen grösseren Wert haben als die Lageberichte von den einstigen Kriegsschauplätzen, wenn die Glaubwürdigkeit im Bewusstsein des Volkes endgültig vernichtet ist, dann ist es ohne Sinn, in diesen Lande und Volke noch Demokratie erstreben zu wollen.

Es muss etwas getan werden, das allein ist die Lösung. Es muss sofort etwas getan werden. Es muss Klarheit über das Wollen und über den Ernst des Wollens geschaffen werden. Es muss etwas geschehen, das eindeutig und unausweichlich lehrt, dass alles, wirklich alles getan wird, was möglich ist, um jede Hilfe herbeizuholen, die nur irgendwo erreichbar ist. Man sage uns nicht, wir seien ungeduldig. Das wäre zu billig; Man sage auch nicht, dass wir in eigenen Lande erst einmal tun müssten, was hier zu tun möglich und nötig sei. Das wäre ein nicht wieder billiger Versuch, über die faktischen Verantwortlichkeiten oder Machtverhältnisse hinwegzutäuschen und Formalien an die Stelle der Wirklichkeit zu setzen. Wer wie wir die Not sieht und fühlt, der, aber wohl auch nur der wird verstehen, dass das Miss voll ist. Dieses Volk kann nicht mehr. Es muss sich wieder einmal satt essen, es muss Hoffnung haben und es will glauben können. Worte haben jetzt keinen Sinn mehr und können sie aus noch so verstehenden Herzen. Jetzt muss etwas geschehen, ohne Zögern, ohne Erwägung, sofort und so gründlich, dass in buchstäblich letzten Augenblick das drohende Chaos verhindert wird.

G l o s s e

Vertrauenskundgebung für die Labour Party

Ganz England blickte am 8. Mai nach dem kleinen Industriestädtchen Jarrow am Tyne, das 1936 bereits einmal die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gelenkt hatte, als Jarrow's Arbeitslose ihren berühmt gewordenen Hungermarsch nach London antraten. Jarrow hatte bei den Wahlen im Jahre 1945 ein überwältigendes Bekenntnis zur Labour Party abgelegt und Miss Helen Wilkinson, die seinerzeit den Hungermarsch organisiert hatte und im Kabinett Attlee den Posten des Erziehungsministers bekleidete, mit einer Mehrheit von über elftausend Stimmen ins Unterhaus entsandt. Die durch den plötzlichen Tod Helen Wilkinsons notwendig gewordene Nachwahl wurde zur ersten grossen Machtprobe zwischen der Labour Party und den Konservativen nach der schweren Kohlenkrise im vergangenen Winter. Die Tories scheuten keine Mittel, um diesmal die Gunst der Wählerschaft zu erobern. Sie inszenierten einen riesigen Propagandafeldzug und nominierten mit William Scott, einen EDirektor der Jarrow Metallindustrie Gesellschaft, einen Mann als Kandidaten, der nicht nur von der Pike auf gedient hat, sondern auch - ein in England höchst seltener Fall - im Wahlbezirk selbst beheimatet ist. Winston Churchill griff persönlich in den Wahlkampf ein, überall prangten mächtige Plakate, die zur Wahl eines "Tyneside-Mannes für das Tyne-Gebiet" aufforderten, und in zahlreichen Wahlversammlungen versuchten die Tories, aus der eben überstandenen Wirtschaft- und Produktionskrise Kapital zu schlagen. Aber ihr Grossangriff blieb erfolglos. Jarrow entschied sich auch diesmal für den Kandidaten der Labour Party. Mit 20.694 Stimmen schenkte es Ernest Fernyhough, einem Gewerkschaftssekretär aus Staffordshire, sein Vertrauen und bekanntes sich damit zugleich erneut eindeutig zu den Prinzipien der Labour Party. Da die Wahl von Jarrow allgemein als Stimmungsbarometer für ganz England gewertet wurde, kann aus ihr nur der Schluss gezogen werden, dass die englische Bevölkerung mit der Arbeit der Labour-Regierung durchaus zufrieden ist und das Kabinett Attlee trotz aller Anfeindungen von rechts nach wie vor fest im Sattel sitzt. (m/Bio/95/2/ha)

Verantwortlich: Fritz Sängler, Hannover